

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 888 846 pbbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Heinz Menzel MdB zur Regierungsumbildung: Die Verantwortung kann man nicht an der Garderobe abgeben.

Seite 1

Heinz Lohmann zum Notstand in den Krankenhäusern: Pflege ist keine Restgröße der Medizin.

Seite 3

Helga Düchting MdL zur rheinland-pfälzischen SPD-Initiative Frauenförderung im Öffentlichen Dienst: Für eine leistungsbezogene Quotierungsregelung.

Seite 4

Dokumentation:

Die zweite Bundeskonferenz sozialdemokratischer Eisenbahnerinnen und Eisenbahner hat am 14. April in Saarbrücken ein Manifest zur Europawahl verabschiedet, das wir im Wortlaut veröffentlichen.

Seite 5

44. Jahrgang / 75

19. April 1989

Die Verantwortung kann man nicht an der Garderobe abgeben

Eine Nachbetrachtung zur Regierungsumbildung

Von Heinz Menzel MdB

Jeder hat das Recht und den Anspruch auf eine faire Chance bei Übernahme einer neuen Aufgabe. Das muß auch für die Politik gelten.

Niemand, und das gilt auch für die Politik, kann aber bei Übernahme einer neuen Aufgabe die Verantwortung für sein früheres Verhalten an der Garderobe abgeben.

Daran muß man auch, und gerade bei dieser Regierungsumbildung, erinnern, weil der Kanzler und die Minister, die eine andere Aufgabe übernehmen beziehungsweise jene, die neu in die Regierung eintreten, den Eindruck zu erwecken versuchen, als gäbe es einen völligen Neuanfang und es brauche keiner die Verantwortung für das, was Regierung und Regierungsparteien bis dahin getan haben, zu übernehmen.

Die Steuerreform mit all ihren Ungerechtigkeiten, die Einführung der Quellensteuer und der Flugbenzinskandal, sind nicht nur von Stoltenberg zu verantworten, sondern wurden von der gesamten CDU/CSU und FDP - also auch von Herrn Waigel - gutgeheißen und vertreten.

Wenn nun Herr Waigel die Quellensteuer, die sich immer mehr als Flop erweist und schon im letzten Jahr dazu beigetragen hat, daß 130 Milliarden DM Kapital ins Ausland abwanderten, für falsch hält, dann hätte er sie mit der SPD ablehnen müssen. So trägt er mit seiner CSU genau wie die CDU und FDP Mitverantwortung für das jetzige Durcheinander auf diesem Gebiet.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreiszeitung Ursprung
im Verbund mit der Rheinischen
Zeitungspresse



Das gleiche gilt für die Verlängerung der Wehrdienstzeit. Hinter ihr stand die CDU/CSU und die FDP. Sie wurde mit den Stimmen von Lambsdorff und Stoltenberg beschlossen. Da kann nun Herr Lambsdorff seine Silberzunge noch so klingeln lassen, er hat der Wehrdienstverlängerung im Parlament genau wie Stoltenberg, und im Februar bei der Koalitionsverhandlung erneut, zugestimmt.

Wenn Lambsdorff und die FDP gegen die Wehrdienstverlängerung waren oder sind, wie sie es jetzt immer darzustellen versuchen, dann hätten sie sie im Parlament gemeinsam mit der SPD ablehnen müssen.

Ihr jetziges Verhalten erweckt den Eindruck, daß die FDP ihr Mäntelchen wieder einmal in den politischen Wind dreht. Damit wirkt sie wenig glaubwürdig.

Auch die verfehltete Wohnungsbaupolitik ist nicht von Minister Dr. Schneider, den sie den Ministerstuhl gekostet hat, allein zu vertreten. Auch dafür tragen CDU/CSU und FDP gemeinsam die Verantwortung. Durch einen Ministerwechsel können sie sich nicht aus dieser Verantwortung stellen.

Man kann nur hoffen, daß die neue Amtsinhaberin aus der verfehlteten Wohnungsbaupolitik der CDU die richtige Konsequenz zieht und anerkennt, daß auch der Bund Verantwortung im Mietwohnungsbau trägt und wieder in die Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus eintritt.

Hier bietet sich auch und wohl! letztmalig die Chance, die falsche Entscheidung, die mit der Abschaffung der Gemeinnützigen Wohnungswirtschaft getroffen wurde und die ja bekanntlich nicht vom Wohnungsbauminister, sondern vom Finanzminister initiiert wurde, wieder rückgängig zu machen.

Da nach unserem Grundgesetz der Kanzler die Richtlinien der Politik bestimmt und der Amtsinhaber ja noch der gleiche ist wie vor der Regierungsumbildung, kann er zu allerletzt so tun, als ob er keine Verantwortung für die verfehltete Politik, die seine Regierung bisher betrieben hat, hätte.

Sein Name bleibt, auch wenn er die zuständigen Minister auswechselt, mit der ungerechten Steuerreform, mit dem Flugbenzinskandal, mit der Verlängerung der Wehrdienstzeit und mit der verfehlteten Wohnungsbaupolitik genauso verbunden wie bisher.

(-/19.4.1989/v0-he/rs)

* * *

Pflege ist keine Restgröße der Medizin

Anmerkungen zum Notstand in den Krankenhäusern

Von Heinz Lohmann

Stellvertretender Bundesausschußvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft
Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)

Die deutsche Öffentlichkeit hat ein altes Thema neu entdeckt. Die Medien übertrumpfen sich seit Wochen und Monaten mit Berichten über den Pflegenotstand im Lande. Verschobene OP-Termine, wegen Personalmangel gesperrte Krankenhausbetten, zunehmend freibleibende Ausbildungsplätze in den Krankenpflegeschulen werden allerorten gemeldet.

Ist die hektische Aufregung berechtigt? Nun zunächst einmal gilt es festzuhalten, das Problem existiert nicht erst seit gestern: Krankenschwestern und Krankenpfleger verlassen nach anspruchsvoller Berufsausbildung im Durchschnitt nach weniger als vier Jahren ihren Arbeitsplatz. Diese Tatsache ist allein schon ökonomisch widersinnig. Ganz und gar deprimierend wird der Fall aber bei dem Gedanken an den ständigen Verlust von eben erst erworbener Berufserfahrung. Die bisherige Praxis ist damit das genaue Gegenteil von Qualitätssicherung, die ansonsten im Gesundheitswesen lautstark gefordert wird.

Verdeckt worden ist dieser zweifache Skandal in den letzten Jahren durch die Möglichkeit, die durch Berufsfucht freiwerdenden Stellen immer wieder mit gerade in großer Zahl frisch ausgebildeten Schwestern und Pflegern nachzubesetzen. Diese Art der „Problemlösung“ wird künftig entfallen, da sich die Zahlen der Abgänger der allgemeinen Schulen bis Mitte der 90er Jahre halbieren werden.

Was nun? Manch konservativer Politiker sieht das Heil in Heerscharen von unausgebildeten Helferinnen, die in den Krankenhäusern das schon häufig geforderte Soziale Jahr absolvieren. Angesichts der Anforderungen, die an Pflege gestellt werden, ist von solcherlei schnellen Rezepten allerdings nichts zu halten. Richtig ist vielmehr das Gegenteil: Nicht Dequalifizierung, sondern weitere Qualifizierung der Pflege ist gefragt. Krankenpflege darf nicht als Restgröße der Medizin, sondern muß als eigenständige Profession betrachtet werden!

Neben der wichtigen und längst überfälligen spürbaren Verbesserung der Vergütung der Pflegetätigkeit und der zeitgemäßen Korrektur der Stellenpläne ist entscheidend, daß das Berufsbild gehoben wird. Pflege ist keine Hilfsarbeit, die sich aus den in anderen Berufsbildern ausgesparten Arbeitstätigkeiten zwangsläufig ergibt, sondern eine verantwortungsvolle, eigenständige und für das Gesundheitswesen lebensnotwendige Aufgabe. Dies umso mehr, als künftig vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung die pflegerisch-therapeutische gegenüber der diagnostischen Versorgung an Bedeutung gewinnen wird.

Es ist ausdrücklich zu begrüßen, daß die für das Gesundheitswesen zuständigen Minister und Senatoren der Bundesländer auf ihrer letzten Konferenz im November 1988 in Berlin diese Grundsätze zur Leitschnur ihres Beschlusses zur Verbesserung der Krankenpflege gemacht haben. Realisiert wird das Maßnahmenpaket aber nur dann werden können, wenn die in der Krankenpflege Tätigen aktiv mitwirken. Dabei ist unendlich wichtig, nicht ausschließlich in der Beschreibung der aus der Innensicht sicher häufig beklagenswerten Gegenwart zu verharren, sondern selbst aus eigener Betroffenheit entwickelte Zielperspektiven beizusteuern und an der allgemeinen politischen Diskussion konstruktiv und machtvoll mitzuwirken.

(-/19.4.1989/vo-ha/rs)

* * *

Plädoyer für eine leistungsbezogene Quotierungsregelung

Zur rheinland-pfälzischen SPD-Initiative Frauenförderung im Öffentlichen Dienst

Von Helga Düchting MdL

Frauen sollen in allen Bereichen des Öffentlichen Dienstes bei gleicher Qualifikation (Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung, Artikel 33 Abs. 2 GG) unter Wahrung individueller Chancengleichheit und Einzelfallgerechtigkeit so lange bevorzugt eingestellt werden, bis ihr Anteil dem der Männer entspricht.

Das ist der Kernsatz des jetzt eingebrachten Gesetzes der SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz zur Förderung der beruflichen Chancen für Frauen im Öffentlichen Dienst.

Das Frauenförderungsgesetz soll ein Instrument sein, die Benachteiligungen von Frauen im Öffentlichen Dienst abzubauen, und ihnen größere Chancen im Beruf zu eröffnen.

Denn leider sind auch heute noch Frauen im Öffentlichen Dienst in vielen Bereichen unterrepräsentiert. So ergab sich zwar aus der Antwort der Landesregierung in Mainz auf eine Große Anfrage der SPD zur Frauenförderung im Öffentlichen Dienst des Landes Rheinland-Pfalz vom August 1987, daß im Ausbildungsbereich der Anteil der Frauen 1986 beispielsweise im gehobenen Dienst bei 49 Prozent und im höheren Dienst bei 41 Prozent, aber ihr Anteil bei höher qualifizierten Funktionen unter 20 Prozent und bei Spitzenämtern unter zehn Prozent lag.

Tendenziell gibt es auch im Öffentlichen Dienst des Landes Rheinland-Pfalz in Niedriglohnbereichen, einfachem, mittlerem und auch im gehobenen Dienst in einigen Bereichen eine Überrepräsentanz von Frauen, während bei höherwertigen Funktionen die Luft für Frauen dünner wird, trotz gleicher Ausbildung und Qualifikation. Um diesen Zustand zu ändern, brauchen wir eine leistungsbezogene Quotierungsregelung. Diese Regelung muß ein Gesetz sein. Das hat der ehemalige Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Professor Ernst Benda, in seinem Gutachten zur Frauenförderung gefordert.

An ein solches Gesetz werden auch Städte und Gemeinden gebunden sein.

- Voraussetzung für die Bevorzugung sind gleiche Leistung, Eignung und Befähigung.

Dies ist nicht nur rechtlich geboten, es ist auch frauenpolitisch sinnvoll.

Dabei ist darauf zu achten, daß es sich nicht um die identische Qualifikation, sondern um eine gleichwertige Qualifikation handeln sollte. Das läßt Raum für die positive Bewertung auch von frauenspezifischen Fähigkeiten und Kenntnissen.

- Die vorgesehene Prüfung, inwieweit besondere Gründe für den männlichen Bewerber sprechen, ist rechtlich notwendig. Sie kann in der Praxis sogar zu einer Stärkung der Position der Frau führen, wenn sie selbst individuelle Gründe anführen kann, zum Beispiel als Alleinerziehende.

Der rheinland-pfälzische Gesetzentwurf stellt einen großen Schritt nach vorne in der Frauenpolitik dar. Wir erhoffen uns nicht nur Verbesserungen im Öffentlichen Dienst des Landes, sondern eine Signalwirkung für Wirtschaft und Gesellschaft.

(-/19.4.1989/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Saarbrücker Eisenbahner-Manifest zur Europawahl 1989

Die zweite Bundeskonferenz sozialdemokratischer Eisenbahnerinnen und Eisenbahner hat am 14. April in Saarbrücken ein Manifest zur Europawahl verabschiedet, das wir im Wortlaut veröffentlichen.

Durch die Europawahl 1989 werden die Weichen auch in der Verkehrspolitik gestellt.

FÜR MEHR BAHN IN EUROPA, DEN MENSCHEN ZULIEBE

Die Politik der Konservativen in Europa hat sich verheerend ausgewirkt:

- der Staat zieht sich aus seiner Verantwortung in der Verkehrspolitik immer mehr zurück.
- Weitere Umweltzerstörung ist der Preis.
- Der Abbau sozialer Errungenschaften und Arbeitnehmerrechte wird vorangetrieben.

Die Eisenbahner in der SPD setzen dem entgegen:

- Ein Europa der Umwelterhaltung und Umweltvorsorge.
- Ein Europa der sozialen Sicherheit und der Arbeitnehmerrechte.
- Eine Verkehrspolitik, die den Bürgern nützt und die Umwelt schützt.
- Eine Bahnpolitik, die auf Ausbau und Modernisierung statt auf Demontage und Kahlschlag setzt.

Die Eisenbahner in der SPD fordern:

- Stärkung und Ausbau der Bahn
-

Die Schiene muß in die Lage versetzt werden, ihren Beitrag zur ökologischen Modernisierung Europas zu leisten. Die Vergangenheit hat gezeigt, daß sie überall dort Erfolge verbuchen konnte, wo sie investiert und modernisiert hat. Der S-Bahn-Verkehr, Container- und Hucklepack-Transporte sowie der schnelle Personenfernverkehr sind Beispiele dafür.

- Europas Bahnen müssen enger zusammenwachsen

Die alten nationalen Grenzen müssen auch im Schienenverkehr überwunden werden. Wir brauchen ein europaweites Netz schneller Züge, sowohl im Personen- wie im Güterverkehr. Die Zusammenarbeit der Bahnen und der Eisenbahner Europas muß gefördert und verbessert werden.

- Sanierung der Finanzen der Bahnen

Die durch Versäumnisse der Vergangenheit entstandene Überschuldung der Unternehmen muß abgebaut werden.

- Gerechte ordnungspolitische Rahmenbedingungen

Die bestehenden Wettbewerbsverzerrungen müssen beseitigt werden. Alle Verkehrsträger sind entsprechend dem Verursacherprinzip mit den vollen Kosten der von ihnen hervorgerufenen Wege-, Umwelt- und Unfallkosten zu belasten.

- Schutz der Arbeitnehmer im Transportbereich

Die Arbeitnehmer im Transportbereich müssen wirksam vor gesundheitlicher Überforderung geschützt werden. Hierzu sind die bestehenden Sozialvorschriften im Verkehr zu verbessern und eine wirksame Überwachung sicherzustellen.

DEN MENSCHEN DIENEN - BAHNEN FÜR EUROPA

Dies bedeutet:

Vorfahrt für die Bahn, denn sie ist wirtschaftlich, sicher, umweltfreundlich, verbraucht wenig Energie und entlastet die Straßen.

Die Eisenbahner in der SPD rufen auf:

- Eine aktive Europa-Politik betreiben!
- Einer Verkehrspolitik der Vernunft zum Durchbruch zu verhelfen!
- Am 18. Juni 1989 wählen gehen!
- Für ein Europa der sozialen Demokratie stimmen!

SPD: FÜR EIN EUROPA DER DEMOKRATIE IN WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT

(-/19.4.1989/va-he/rs)